

Einmal wöch. Bezugspreis für Dthlr. 3.00 M eincht  
Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gehp. Zeitzeile 20 J.  
Stellengefude 20 J. Die Petitionenzeitzeile 20 Wilt-  
meyer breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstholer  
20 J. bei Ueberfendung durch die Post außerdem  
Portozuschlag. Einzel-Nr 10 J. Sonntags-Nr 15 J.  
Verlagshaus: J. G. Hillebrand in Dresden

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung  
auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen  
u. Leistung v. Schadenersatz. Für unentf. u. d. Fern-  
ruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Ver-  
antwortung. Unverlangt eingelangte u. m. Rückporto  
nicht verfehene Manuskripte werb. nicht aufbewahrt.  
Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags.  
Hauptschreibst. Dr. Joseph Albert, Dresden.

# Sächsische Volkszeitung

Kristall  
und Glas für  
jedeTafel  
B. LIEBIG  
Grunauer Str. 23  
Dresden

Verkaufsstelle, Druck und Verlag: Saxonia-  
Buchdruckerei GmbH, Dresden-A., J. G. Hillebrand 17.  
Telefon 21012. Postfachkonto Dresden 14727  
Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden - Altstadt 1, Hillebrandstr. 17. Telefon 2011  
und 21012.



Der  
Anschaffungspreis  
für eine Brille

sollte Sie nicht abhalten, ein Augenglas zu tragen, wenn Sie  
schlecht sehen. Bedenken Sie, welche ungeheuren Nutzen Ihnen  
ein genau passendes Augenglas gewährt, und welchen Schaden  
Sie haben können, wenn Sie sich weiter ohne Sehhilfe oder  
mit ungenügenden Gläsern quälen. In meinen beiden Geschäften  
wird Ihnen bereitwillig sachmännischer Rat über das Tragen  
von Augengläsern erteilt, Ihre Augen werden ohne besondere  
Berechnung zur Feststellung der notwendigen Gläser geprüft,  
und die Anfertigung moderner Augengläser geschieht in meinen  
Werkstätten sorgfältig und schnell, in dringenden Fällen sofort.

Optiker  
**Rodenstock**  
Dresden - A., Altmarkt  
(Ecke Schloßstraße)  
und Prager Straße 25.

## Die Erwerbslosenfrage als politisches Problem

Aus dem Reichstag schreibt man uns:  
Viel stärker, als es nach außen hin scheinen möchte,  
sind die Fragen der inneren Politik wieder in Fluß ge-  
kommen. Noch ehe das Reichstagsplenum zusamen-  
tritt, hat sich der Sozialpolitische Ausschuß, der  
neben einer Anzahl anderer Ausschüsse bereits seine  
Arbeit aufgenommen hat, mit dem Erwerbslosen-  
problem zu beschäftigen. Dieses Problem rückt  
immer mehr in den Vordergrund der allgemeinen inne-  
ren Politik und so erklärt es sich, daß gerade diese Fra-  
gen auch am meisten und am leidenschaftlichsten von der  
partei politischen Seite her ausgefochten werden. Das  
geht auch sehr aus dem Umstand hervor, daß vor allem  
die Parteien der Linken außerordentlich weitgehende,  
wohl mehr auf die Parteipropaganda abzielende  
Anträge gestellt haben, die jetzt Gegenstand scharfer Er-  
örterungen geworden sind.

Die Kompliziertheit dieses Problems wird erkennt-  
lich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich nicht  
nur um eine Reichsangelegenheit, sondern um eine  
namentlich finanziell die Länder und die Ge-  
meinden angehende Angelegenheit handelt. Schon bei  
den Beratungen über das Steuermilderungsgesetz im  
Frühjahr dieses Jahres ist im Reichstag von den Par-  
teien der Mitte der Reichsfinanzminister darauf aufmerk-  
sam gemacht worden, daß zumal die Frage der Aus-  
gleichsteuer, das heißt, derjenigen, die nach Ablauf  
von 52 Wochen nicht mehr unterstützt werden, im Herbst  
in ihrer ganzen finanziellen Wirkung in die Erscheinung  
treten werde. Inzwischen hat der Reichsfinanz-  
minister im Reich mehrere Reden gehalten, in denen  
er sich mit dem vollen Reichsäckel herumhantierte.  
Wir haben die Dinge an dieser Stelle immer zurückhal-  
tender angesehen, und wir stehen nun heute in der Tat  
vor einer Situation, die nach der finanziellen Seite hin  
durchaus nicht optimistisch zu betrachten ist. Nachdem die  
eigentliche Wirtschaftskrise jetzt vor etwa einem Jahre  
eingetreten ist und damit nunmehr die 52 Wochen abge-  
laufen sind, wird die Zahl der Ausgesteuerten immer stär-  
ker werden, und je größer ihre Zunahme ist, um so  
schärfer werden die Lasten für Länder und  
Gemeinden. Der Reichsfinanzminister wird nach-  
drücklich gestraft werden müssen, ob er aus Reichsmitteln  
den Ländern stärkere Zuwendungen für diese Zwecke  
geben kann und will, als das bisher der Fall war. Und  
es wird zum zweiten notwendig sein, daß der Reichs-  
finanzminister in wesentlich höherem Maße als bisher  
Gelder für Notstandsarbeiten zur Verfügung stellt.

Durchaus richtig ist der Satz, daß es sich weniger  
um die Unterstützung, als um die Arbeits-  
beschaffung handeln muß. So gut gemeint das  
sogenannte Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichs-  
regierung auch war, so muß man doch andererseits fest-  
stellen, daß gerade in jenen Gebieten, die für am wei-  
sten bedurft hätten, — wir nennen nur etwa: beispiels-  
weise das rheinisch-westfälische Industriegebiet — die  
Auswirkungen dieses Programms fast völlig  
spurlos vorübergegangen sind. Das wird jeder zu-  
geben müssen, der die dortigen Verhältnisse näher kennt.  
In der Hauptsache geht nun jetzt der Streit darum,  
ob einmal die Unterstützungssätze erhöht werden sollen  
und sodann darum, ob eine Verlängerung der Unter-  
stützungsdauer über die 52. Woche hinaus erfolgen  
kann. Sobald man das Problem konkret ansieht, ist man  
auch schon mitten in den Schwierigkeiten. Wenn man  
die Notwendigkeit der Erhöhung der Unterstützung be-  
achtet, so muß man doch auch fragen, welche Personenkreise  
dafür in Frage kommen, in welcher Form und in welchem  
Ausmaß die Unterstützung erhöht werden soll. Es kom-  
men dann wieder all die Unterfragen zur Debatte bezüg-  
lich der Unterstützung der noch nicht 21-jährigen, der mehr  
als 21-jährigen, von denen wieder die Alleinstehenden und  
die nicht Alleinstehenden unterschieden werden, dieselben  
also, die in einem Haushalt stehen, und bei den Letz-  
teren gibt es weitere Unterschiede, ob einer schon acht  
Wochen unterstützt werde oder nicht. Der Hauptpunkt

## Die neuen Abrüstungsforderungen

Trotzdem Fortgang der Politik von Thoiry

London, 22. Okt. (Drahtbericht).

Der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph  
ist in der Lage, Einzelheiten über die neuen Forderungen  
der Völkervereinigung an Deutschland mitzuteilen. Dar-  
nach beziehen sich die Forderungen auf folgende Punkte:  
1. Die ungenügende Reduzierung der höheren Kommandos  
und Stäbe. 2. Die ungenügende zeitweilige Anstellung  
von Militär. 3. Der Mißbrauch der früheren militärischen  
Einrichtungen. 4. Ungeklärte Fabrikation und Export  
von Kriegsmaterial. 5. Die Konstruktion aller Verbände,  
die Infanterie- und beweglichen Fahrzeuge für die Festungs-  
geschütze innerhalb der Festung Königberg. 6. Die über-  
große Anzahl der Sicherheitspolizei in den Kasernen. 7.  
Die militärischen Nebungen und Propagandaaarbeiten der  
gehörigen nationalistischen Organisationen. Im Punkt 8  
habe die Völkervereinigung ihrer Befriedigung über den  
Rücktritt des Generalobersten von Seeckt Aus-  
druck gegeben, aber nichtsdestoweniger beschloffen, auch  
unter seinem Nachfolger auf den verbleibenden Forderungen  
zu bestehen.

Gegenüber den Schlussfolgerungen, welche die Rechts-  
presse an die Weidung über den Beschluß der Völkerver-  
einigung bezüglich der Militärkontrolle in Deutschland  
geknüpft hat, bemerkt die „Tägl. Rundschau“, daß mit  
dem Beschluß der Völkervereinigung keineswegs die Poli-  
tik von Thoiry als erledigt zu betrachten sei. In unterrich-  
tlichen Kreisen wisse man, daß in Paris sowohl wie in  
Berlin die Vorbereitungsarbeiten fortschritten, die er-  
forderlich seien, um die unmittelbaren Verhandlungen in  
Fluß zu bringen. Man habe ein Recht zu sagen, daß die  
Völkervereinigung sich über den Kurs der französischen  
Außenpolitik hinwegsetzen würde, wenn sie sich zum Sprach-  
rohr der Militärkontrollkommission mache. Nichts aber  
berechtige zur Schlussfolgerung, daß Briand's Außenpolitik  
nunmehr geteilt sei.

betrifft die Verlängerung der Unterstützungsdauer. Hier  
muß man geltend machen, daß in der Erwerbslosenfür-  
sorge zahlreiche Personen untergeschlupfen, von denen nicht  
festgestellt ist, ob sie überhaupt unterstützungsberechtigt  
sind oder nicht. Es ist statistisch nachweisbar, daß, je  
näher die Unterstützungsdauer sich ihrem Ende zuneigt,  
auch um so stärker die Arbeitsbeschaffung wächst. Man  
sieht daraus doch, daß die Aussicht, nicht mehr unterstütz-  
t zu werden, dazu zwingt, sich Arbeit zu suchen. Man muß  
vor allem aber auch die moralischen Schäden be-  
rücksichtigen, die darin liegen, daß Leute über ein Jahr  
lang außer jeder Beschäftigung sind.

Das Ziel in dieser ganzen, politisch ebenso wie sozial  
wichtigen Frage muß aber darin liegen, daß wir dieses  
heutige Fürsorge-System allmählich überleiten in das  
sogenannte Versicherungs-System. Wir müssen in  
diesen Dingen endlich einmal auf eine feste Basis kom-  
men, um diese Fragen sozial und politisch gleich richtig  
beordnen zu können. Eine Arbeitslosenversicherung, die  
ja schon seit langem in den zuständigen Reichsstellen vor-  
bereitet wird, ist aber nach Lage der Dinge vor dem 1.  
April 1927 nicht durchzuführen, so daß es jetzt noch für  
den Reichstag gilt, für die Übergangszeit eine entspre-  
chende Lösung zu schaffen. Sie wird gewiß nicht leicht  
sein, aber sie muß erstrebt werden. Darum fällt jetzt auch  
den Mittelparteien eine ganz besondere Aufgabe zu.  
Sie müssen sich insbesondere allen Anträgen wider-  
setzen, die einer Verankerung des gegenwärtigen Für-  
sorge Systems im Effekt gleichkommen würden. Daran  
haben auch die Länder selbst das größte Interesse, die ja  
heute schon wieder mit starken Defiziten arbeiten. Bayern  
hat heute bereits 90 Millionen Defizit, Sachsen 70 Mil-  
lionen und selbst das kleine Braunschweig 10 Millionen

## Die Hauptaufgabe

Der Angriff auf die Hauptaufgabe der Völkervereinigung  
geplanten Geistes Europas — Der Feldzug für die  
Abrüstung.

London, 22. Okt. (Drahtbericht).

Auf der Tagung der Völkervereinigung  
wurde ein Brief Lord Greys verlesen, in dem es heißt:  
Deutschlands Eintritt in den Völkervereinigung ist eine  
sehr willkommene Sicherheit für den künftigen Frieden  
und wird die freundschaftlichen Beziehungen innerhalb  
des Völkervereinigung fördern und eine Atmosphäre des Ver-  
trauens zwischen den Nationen erzeugen. Dieses Vertrauen  
wird in einer Herabsetzung der Rüstungen seinen Ausdruck  
finden.

Lord Cecil führte aus: Jeder Außenminister in  
Europa und vielleicht sogar in der Welt muß bei allen  
einigermaßen wichtigen Verhandlungen und Schritten heute  
mit dem Völkervereinigung rechnen. Der Völkervereinigung  
bedarf aber der Stärkung. Er nähert sich jetzt seiner wichtigsten  
Aufgabe, die Hauptaufgabe der Völkervereinigung geistigen  
Europas anzuknüpfen. Der Feldzug für die Abrüstung  
wird lang und schwierig sein, da die Niederlegung der  
Waffen überall gleichzeitig erfolgen muß. Wohl-  
frankreich muß eine bestimmte sehr beträchtliche Anzahl  
Kreuzer zum Schutze seiner Verbindungswege haben. Die  
Größe der Kreuzer aber kann herabgesetzt werden,  
wenn auch die anderen Nationen hierzu bereit sind. Ab-  
gesehen hiervon braucht Großbritannien keine Einbandun-  
gen gegen eine Einschränkung der U-Boot-Rüstungen zu  
machen. Besonders erhellend wäre eine möglichst weit-  
gehende Einschränkung der U-Boot-Rüstungen. Das briti-  
sche Heer spielt bei der Abrüstung keine Rolle, da seine  
Größe durch die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von  
Basisstationen an gefährdeten Punkten des Britischen Reiches  
bestimmt wird. Die Zahl der Flugzeuge muß dagegen  
von der Stärke der Luftknoten anderer Länder abhängig  
gemacht werden. Schließlich betonte Lord Cecil, daß es  
bei der Abrüstung nur um eine schrittweise Entwicklung  
handeln könne. Ergendenweise auf der Abrüstungskonferenz  
erreichte Vereinbarungen dürften daher nicht als end-  
gültig, sondern nur als erster Schritt auf ein wahr-  
scheinlich weit entferntes Ziel hin aufgefaßt werden.

Defizit. Das einzige Land, das dank einer vorsichtigen  
und klugen Disposition in der Finanzpolitik heute noch  
kein Defizit hat, ist Baden.

Es gibt in der Tat heute kaum eine Frage, die so  
sehr nicht nur in das Staats-, sondern auch das Gemeinde-  
leben eingreift, wie die Erwerbslosenfrage. Man muß  
deshalb nicht nur aus sozial, sondern auch aus allgemein-  
politischen Gründen der Regelung dieser Dinge eine ganz  
besondere Aufmerksamkeit widmen.

Im Reichstag fand dieser Tage unter dem Vorsitz des  
Abgeordneten Esser eine außerordentlich wichtige Ver-  
sprechung statt von Zentrumsvizepräsidenten aus den  
beiden Fraktionen des Reichs- und des Preussischen Land-  
tages, des Staatsrats, des Reichsrats und der Gewerks-  
schaften, sowie Zentrumsvizepräsidenten aus den Kommunen,  
die sich mit der Erwerbslosenfrage beschäftigen.

Deutlich schloß sich in diesen Versprechungen das Ziel  
der Zentrumarbeit auf diesem Gebiete heraus, von dem  
Zukunftssystem allgemein in ein gesichertes und geord-  
netes Arbeitslosenversicherungssystem  
überzugehen, um endlich einmal für diese Dinge eine feste  
Basis zu besitzen. Die Aussprache, an welcher u. a. auch  
der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, ferner der badi-  
sche Finanzminister Köhler, Oberbürgermeister Far-  
wick-Rachen, und unter den Zentrumsvizepräsidenten  
u. a. Dr. Wirth, Giesberts, der preussische Land-  
wirtschaftsminister Dr. Steiger usw. teilnahmen, hat  
sich in sehr eingehender Weise mit all diesen Problemen,  
namentlich auch hinsichtlich ihrer finanziellen Rück-  
wirkungen beschäftigt. Man ist gewillt, mit allen  
Mitteln das Erwerbslosenproblem einer baldigen und ge-  
eigneten Lösung zuzuführen.